



WECF Pressemitteilung - München, 12. Oktober 2018

Chemieskandal – Profit first

## Ohne Rücksicht auf Gesundheit und Umwelt

Ungeprüfte Chemikalien in Spielsachen, Kosmetik, Möbeln und vielem mehr

Das Europäische Umweltbüro, EEB, hat heute eine Studie des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) und des Umweltbundesamt (UBA) vom September 2018 veröffentlicht, wonach ein Drittel der seit 2010 in der EU hergestellten oder importierten Chemikalien gegen die Europäische Chemikalien-Verordnung REACH verstößt und nach EU-Recht illegal sind. So bringt die Industrie Hunderte von potenziellen Chemikalien in Verkehr, die in Produkten wie Spielzeug, Farben, Kosmetikartikeln, Verpackungen, Möbeln und Baumaterial und vielem weiteren verbreitet sind, so eine dreijährige Untersuchung der chemischen Industrie durch nationale Behörden. Die Exposition gegenüber vielen Arten von Industriechemikalien ist eine der Hauptursachen für die sinkende menschliche Fruchtbarkeit und die steigende Rate von Krebserkrankungen im Kindesalter, unter anderem Krankheiten.

Seit 2010 müssen Firmen im Rahmen der REACH Verordnung Chemikalien, die sie herstellen oder verwenden, durch die Europäische Chemikalienagentur ECHA registrieren lassen und genau aufgeschlüsselte Dossiers mit umwelt- und gesundheitsrelevanten Daten und Studien einreichen. Doch die Industrie hat nach Aussage der Behörden lückenhafte oder gar keine Daten vorgelegt. Damit torpedieren die Unternehmen den Versuch, mehr Schutz für die Bürger\*innen zu schaffen und einen bislang weitgehend im Dunkeln agierenden Markt stärker unter Kontrolle zu bringen.

Schon seit Jahren fordern Women Engage for a Common Future, WECF, und viele andere NGOs, dem Grundsatz „no data, no market“ zu folgen und nur auf Gesundheits- und Umwelteffekte geprüfte Chemikalien zuzulassen. Bevor kein Nachweis vorliegt, dass eine Chemikalie unbedenklich ist, gilt auf Basis des Vorsorgeprinzips, dass diese nicht eingesetzt werden kann.

### Johanna Hausmann, Chemikalienexpertin von WECF:

„Dieser Skandal macht einmal mehr deutlich, wer die Politik bestimmt. Interessen von Chemiekonzernen dürfen nicht länger vor Verbraucher- und Umweltschutz stehen. Die Politik muss dringend handeln, damit Produkte sicher werden und Verbraucher(innen) giftigen Chemikalien nicht mehr schutzlos und unwissend ausgeliefert sind. Wir sorgen uns vor allem auch um die Gesundheit von Schwangeren und Kindern. Nach Aussage der internationalen Vereinigung von Gynäkologen und Geburtshelfern FIGO, wird fast jedes Kind schadstoffbelastet geboren. Wir fordern daher ein umgehendes Verbot aller bedenklichen Stoffe aus Produkten, inklusive Recycelprodukten, die in der Kreislaufwirtschaft eine zunehmende Rolle spielen. Auch diese können eine Quelle von Schadstoffen sein.“

### Hintergrund

WECF ist ein Netzwerk von 150 Frauen-, Umwelt- und Gesundheitsorganisationen, mit Sitz u.a. in München [www.wecf.org](http://www.wecf.org) und Mitglied des EEB [www.wecf.eu](http://www.wecf.eu). Das Europäische Umweltbüro, EEB, ist der Dachverband von über 140 Umweltorganisationen in der Europäischen Union mit Sitz in Brüssel.

### Links

EEB Pressemitteilung: <https://eeb.org/a-third-of-chemicals-break-eu-safety-laws/>

FIGO Statement: [FIGO Statement, Internationaler Verband der Gynäkologen und Geburtshelfer \(Oktober 2015\): International Federation of Gynecology and Obstetrics opinion on reproductive health impacts of exposure to toxic environmental chemicals](#)

### Kontakt

Johanna Hausmann, [johanna.hausmann@wecf.org](mailto:johanna.hausmann@wecf.org), Tel 0173 8010040